

KATRIN REICHELT

## GENERALKOMMISSARIAT LETTLAND

### GHETTOISIERUNG UND JÜDISCHE ZWANGSARBEIT 1941–1943

Die Einrichtung von Ghettos im besetzten Lettland im Herbst 1941 war von Beginn an eng mit wirtschaftlichen Fragen verbunden – insbesondere mit der Enteignung der verfolgten Juden sowie der koordinierten Ausnutzung von deren Arbeitskraft. Auch wenn die Zusammenfassung der Juden in abgeschlossenen Wohngebieten als Teil des rassistischen Vernichtungsprogramms vor allem der Isolierung der Opfer diente, stand dies ihrer Ausbeutung keinesfalls im Wege. Die in deutschen und lettischen Archiven einsehbaren Dokumente gestatten nicht nur eine verhältnismäßig schlüssige Rekonstruktion der Umstände, unter denen die Ghettos eingerichtet wurden, sondern erlauben auch einen Einblick in deren Rolle als Wohnorte der Arbeitenden. Obgleich die Überlieferung ungleichgewichtig ist, gewährt sie Einblick in die Lebensbedingungen der Juden, die Rolle der Arbeit im Ghettoleben und die Entscheidung der Täter über die Funktionen der Ghettos.<sup>1</sup> Die narrativ und detailliert in den Erinnerungsberichten verarbeitete Sicht der Opfer stellt eine unerlässliche Ergänzung dieser Quellen dar.

Eines soll jedoch betont werden: Während die wirtschaftliche Ausnutzung der verfolgten Juden von Beginn der Ghetto Gründungen an im Mittelpunkt der antijüdischen Maßnahmen der deutschen Zivilverwaltung stand, wurde zu keinem Zeitpunkt von den Befehlshabern der Sicherheitspolizei in Zweifel gezogen, dass es sich bei diesen abgeschlossenen Wohngebieten um temporäre Einrichtungen handelte. Die Konflikte zwischen SS- und Zivilbehörden infolge der sich permanent ändernden Prioritäten in der „Judenfrage“ zwischen Ausbeutung und Vernichtung hielten während der gesamten Besatzungszeit an und wurden letztendlich von der Sicherheitspolizei zugunsten ihrer aggressiven Mordpläne entschieden. Dies bedeutete

---

<sup>1</sup> Siehe insbesondere Interviews mit Überlebenden im Besitz der Shoah-Foundation der *University of South California* (VHA/USC) und die Verfahrensakten der deutschen Gerichte.

jedoch keineswegs, dass die führenden lokalen Vertreter der deutschen Zivilverwaltung das Vernichtungsprogramm blockierten. Es ging ihnen vielmehr darum, die Verbrechen an den Juden in höherem Maß mit den wirtschaftlichen Prioritäten abzustimmen, als es die Vertreter der Sicherheitspolizei und insbesondere der Höhere SS- und Polizeiführer des Ostlands, Friedrich Jeckeln, bereit waren zu tun.<sup>2</sup>

### Ghettoisierung und erste Massenmorde

Die Besetzung Lettlands durch deutsche Streitkräfte erfolgte im Juni 1941 innerhalb kurzer Zeit. Die gegen die Juden gerichteten Vernichtungsmaßnahmen liefen parallel zu den Kampfhandlungen ab. Die Einsatzgruppe A, ein mobiles Mordkommando des Reichssicherheitshauptamts, tötete im besetzten Lettland – die Stadt Riga nicht mit inbegriffen – bis zum 1. Februar 1942 insgesamt 35.238 Juden.<sup>3</sup> Gleichzeitig veranstaltete die nichtjüdische Bevölkerung, die die Maßnahmen der deutschen Sicherheitspolizei befürwortete und unterstützte, ihre eigenen Judenmassaker.<sup>4</sup>

Über die Einrichtung von Ghettos im Generalbezirk Lettland wurde erstmals bereits im Juli 1941 diskutiert, als das Land noch unter Militärverwaltung stand. Als die Planungen bezüglich einer Registrierung der künftigen Ghettoinsassen sowie der Lokalisierung der Ghettos konkrete Gestalt annahmen, waren davon nur noch ca. 40.000 lettische Juden betroffen; vor dem deutschen Einmarsch hatten in Lettland ca. 93.000 Juden gelebt.<sup>5</sup> Schon zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich insbesondere für die Behörden der Zivilverwaltung die Notwendigkeit ab, die Beseitigung der Juden mit den dringenden Fragen der auch kriegswichtigen Wirtschafts- und Versor-

---

<sup>2</sup> ERNST PIPER, Zwischen Unterwerfung und Vernichtung. Die Politik des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete, in: Reichskommissariat Ostland. Tatort und Erinnerungsobjekt, hg. v. SEBASTIAN LEHMANN u. a., Paderborn u. a. 2012, S. 51-69.

<sup>3</sup> US National Archives, Washington, D.C. (NA), Record Group 238, Nürnberger Dokument L-180. Einsatzgruppe A. Gesamtbericht bis zum 15.10.1941, Anlage 8; Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii [Staatsarchiv der Russischen Föderation], 500-4-91. Einsatzgruppe A. Gesamtbericht vom 16.10.1941 bis zum 31.1.1942; siehe auch: WOLFGANG SCHEFFLER, Die Einsatzgruppe A, in: Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, hg. v. PETER KLEIN, Berlin 1997, S. 29-52, hier S. 39.

<sup>4</sup> Siehe hierzu: KATRIN REICHELT, Lettland unter deutscher Besatzung 1941-1944. Der lettische Anteil am Holocaust, Berlin 2011.

<sup>5</sup> Zum Zeitpunkt des Einmarsches der deutschen Wehrmacht befanden sich nur noch etwa 70 000 Juden auf lettischem Territorium, da viele Opfer des sowjetischen Terrors, der Verhaftungen, Morde und der großen Deportation geworden oder auch ins Innere der Sowjetunion geflohen waren.

gungslage abzustimmen. Eine systematische Erfassung und Konzentration der Juden als Arbeiter wurde für die deutschen Behörden, zunächst die Wehrmachtskommandanturen, danach die Zivilverwaltung, immer dringender.<sup>6</sup>

Die erste dokumentierte schriftliche Notiz, in der vorgeschlagen wurde, im besetzten Lettland Ghettos einzurichten, datiert vom 21. Juli 1941. In einem Aktenvermerk des „Wirtschaftskommandos für das Gebiet des ehemaligen Lettland, betreffs Arbeitseinsatz der Juden“,<sup>7</sup> wurde eindringlich darauf hingewiesen, dass die Truppenversorgung im Russlandfeldzug weiter gewährleistet werden müsse und angesichts des akuten Arbeitskräftemangels die brach liegende lettische Landwirtschaft zu berücksichtigen sei. Ein weiteres Dokument gibt Auskunft über den engen Zusammenhang zwischen Arbeit der Juden, ihrer Enteignung und der Ghettoegründung, was die Planung von Beginn an beeinflusste. In einem undatierten Schriftstück der Abteilung IIa (Wirtschaft) der Militär- bzw. Zivilverwaltung an die Gebietskommissare in Riga-Stadt und Land, Mitau, Libau, Dünaburg, Wolmar und Velikije Luki, das die Einrichtung von Ghettos und Arbeitslagern, den Arbeitseinsatz der Juden, deren Pflicht, sich anzumelden sowie die Ablieferungspflicht von jüdischem Eigentum zum Inhalt hat, heißt es:

„Schon nach der Durchführung der ersten größeren Exekutionen in Litauen und Lettland zeigte es sich, dass eine restlose Beseitigung der Juden nicht durchführbar ist, zumindest nicht im jetzigen Zeitpunkt. Da das Handwerk in Litauen und Lettland zum großen Teil in jüdischen Händen liegt und manche Berufe (insbesondere Glaser, Klempner, Ofensetzer, Schuhmacher) fast ausschließlich von Juden ausgeübt werden, ist ein großer Teil der jüdischen Handwerker bei der Instandsetzung lebenswichtiger Anlagen, für den Wiederaufbau der zerstörten Städte und für kriegeswichtige Arbeiten zurzeit unentbehrlich. Wenngleich von den Betrieben angestrebt wird, die jüdischen Arbeitskräfte durch litauische und lettische zu ersetzen, ist eine sofortige Ablösung aller im Arbeitsprozess eingesetzten Juden noch nicht möglich, insbesondere nicht in den größeren Städten.“<sup>8</sup>

---

<sup>6</sup> Der Vorschlag zur Ghettoegründung im Generalbezirk Lettland stand in direktem Zusammenhang mit der gefährdeten Zuckerrübenenernte des Jahres 1941. Die Notwendigkeit der systematischen Erfassung der jüdischen Arbeitskräfte führte zu dem Entschluss des Wirtschaftskommandos der Wehrmacht, jüdische Wohngebiete einzurichten, siehe Aktenvermerk des Wirtschaftskommandos für das Gebiet des ehemaligen Lettland, betreffs Arbeitseinsatz der Juden, in: NA, T-459, roll 19, frame 555 f.

<sup>7</sup> NA, T-459, roll 19, frame 555 f. Die Sicherungsabteilung der Heeresgruppe Nord erließ eine knappe Woche später, am 27.7.1941, die „Richtlinien für die Verwaltung“ für Lettland. Darin wurde auch die Anregung zur Schaffung von Ghettos angesprochen; siehe ANDREJ ANGRICK / PETER KLEIN, Die „Endlösung“ in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944, Darmstadt 2006, S. 98.

<sup>8</sup> Nürnberger Dokument L-180, Bl. 252 f.

Im Generalbezirk Lettland vollzog sich die Ghettoisierung weder gleichmäßig noch gleichzeitig. Die drei jüdischen Wohngebiete in den Städten Riga, Daugavpils und Liepāja unterschieden sich hinsichtlich ihrer Funktionen, der Dauer ihres Bestehens und ihrer Struktur, wobei nicht nur die Größe der jeweiligen jüdischen Gemeinde und die regionale Vernichtungsdynamik eine Rolle spielten, sondern auch die Bedingungen und Erfordernisse der Arbeit.<sup>9</sup> Das Ghetto in Riga diente zunächst kurzfristig zur Unterbringung der Juden aus der Stadt Riga und Umgebung. Die meisten der bis zur Ghettoschließung am 25. Oktober 1941 registrierten lettischen Juden wurden in zwei Massakern am 29./30. November und am 8./9. Dezember 1941 im Wald von Rumbula ermordet; lediglich etwa 4.500 der anfangs 29.602 Ghettoinsassen überlebten. Außerdem war das Rigaer Ghetto Zielort der Deportation von 15.073 deutschen, tschechischen und österreichischen Juden, die ab Ende November 1941 an der Rigaer Bahnstation Šķīrotava eintrafen.<sup>10</sup> In Daugavpils gab es bereits Ende Juli 1941 ein Ghetto, da der lettische Polizeipräsident die ersten Maßnahmen gegen Juden selbst ergriffen und somit den gesamten Prozess der Ghattobildung beschleunigt hatte. Auch dort fand die größte Vernichtungsaktion nach der Schließung der Ghettogrenzen statt. Im Zuge einer dreitägigen Selektion wurden Anfang November 1941 von den ca. 14.000 Insassen insgesamt 11.034 erschossen.<sup>11</sup> Die Überlebenden wurden in den Arbeitsprozess eingegliedert.

Das Ghetto in Liepāja stellte insofern eine Ausnahme dar, als es erst Anfang Juli 1942, also verhältnismäßig spät errichtet wurde. Zu diesem Zeitpunkt waren die meisten Juden aus der Stadt und Umgebung bereits in zahlreichen Massakern getötet worden. Die große Mordaktion, die der SS- und Polizeistandortführer Fritz Dietrich zwischen dem 14. und 17. Dezember 1941 am Strand von Šķēde leitete, forderte 2.749 Opfer.<sup>12</sup> Als nach ausgedehnter Korrespondenz zwischen den verantwortlichen Instanzen endlich eine Parzelle für die verbliebenen Juden gefunden worden war, musste sie nur noch ca. 800 Personen Platz bieten. 1935 waren in Liepāja 7.379 Juden gezählt worden, zu denen bei Beginn der deutschen Besatzung

---

<sup>9</sup> REICHELT, Lettland unter deutscher Besatzung, S. 145 ff. Die Gründung von Ghettos wurde nicht nur mit dem jüdischen Arbeitseinsatz koordiniert, auch die Enteignung der Opfer war ein für die deutschen Behörden zu kalkulierender Faktor.

<sup>10</sup> ANGRICK / KLEIN, „Endlösung“ in Riga, S. 238.

<sup>11</sup> Latvijas Vēstures Valsts Arhīvs (Lettisches Historisches Staatsarchiv, LVVA), 132-26-14, Bl. 133. Einsatzgruppe A: Gesamtbericht vom 16.10.1941 bis 31.10.1942; Staatsanwaltschaft Hamburg, 147 Js 15/74. Anklageschrift gegen Julius Hungerberg, 9.1.1976, Bl. 29-34.

<sup>12</sup> LVVA, 83-1-25, Bl. 50. Tätigkeitsbericht des SS- und Polizeistandortführers Libau. 29.12.1941.

noch etwa 300 Flüchtlinge hinzugekommen waren.<sup>13</sup> Das Ghetto Liepāja bestand lediglich aus vier Straßenzügen.

### Dynamik der Ausbeutung

In allen Ghettos im Generalbezirk spielte die Ausbeutung durch Arbeit eine wichtige Rolle, doch die meisten Produktionsstätten, in denen Juden zum Einsatz kamen, lagen außerhalb des jeweiligen Ghettos. Dies machte nicht nur eine aufwändige Logistik zum Transfer der Arbeiter erforderlich, sondern bestimmte in hohem Maß auch den Charakter der Ghettos sowie die Überlebensbedingungen der Opfer insgesamt. In allen drei Ghettos gab es für die Juden lediglich geringe Aussichten, mittels Arbeit zu überleben, zumal sie durch regelmäßige Vernichtungsaktionen bedroht waren.

Seit Beginn der deutschen Okkupation spielten Engpässe in der Versorgungslage eine große Rolle in allen Entscheidungen, die mit der „Judenfrage“ in Zusammenhang standen. Die Notwendigkeit, eine Balance zwischen den längerfristigen bevölkerungspolitischen Maßnahmen und der Vernichtungsstrategie der Sicherheitspolizei sowie den mittelfristigen, durch die Kriegsführung verursachten Zwängen einer entsprechenden Wirtschaftspolitik zu finden, machte bisweilen temporäre Kurswechsel in der Judenpolitik erforderlich. Kurze Zeit nachdem die Gründung der Ghettos Gegenstand von Diskussionen und Verhandlungen zwischen den Wehrmachtsvertretern und der Sicherheitspolizei geworden war, erging der Befehl der Feldkommandantur Riga zur „Allgemeinen Arbeitspflicht für Juden“, der am 18. August 1941 veröffentlicht wurde:

„1.) Sämtliche arbeitsfähigen Juden und Jüdinnen sind mit sofortiger Wirksamkeit zur Erledigung öffentlicher und privater Arbeiten verpflichtet. [...] 3.) Anforderungen von Arbeitskräften sind in dieses Amt einzureichen. 4.) Die Juden erhalten vom Arbeitsamt einen Arbeitsausweis, der sie berechtigt, die Arbeitsstätte aufzusuchen und die hier übertragenen Arbeiten auszuführen.“<sup>14</sup>

Grundlage dieser Veröffentlichung waren die am 2. August 1941 vom Reichskommissar für das Ostland (RKO), Hinrich Lohse, erlassenen

---

<sup>13</sup> LVVA, 69-1a-19, Bl. 21. Generalkommissar Riga/Abt. IIa an RKO, 20.11.1941; MARGERS VESTERMANIS, Die nationalsozialistischen Haftstätten und Todeslager im okkupierten Lettland 1941–1945, in: Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Bd. 1, hg. v. ULRICH HERBERT u. a., Göttingen 1998, S. 472–492, hier S. 485.

<sup>14</sup> Tēvija vom 12.8.1941, in: Latvijas Nacionālā Bibliotēka, Avīžu nodaļa (Zeitungsteilung der Lettischen Nationalbibliothek Riga, auch abgedruckt in: NA, T-459, roll 29, frame 143. DZO, 18.8.1941.

„Richtlinien zur Behandlung der Juden im Ostland“, in denen festgelegt wurde, dass Juden je nach Bedarf und abhängig von den Erfordernissen der wirtschaftlichen Lage zur Arbeit heranzuziehen seien.<sup>15</sup> Die Registrierung der Juden war bereits im Juli 1941 erfolgt. Jedoch war es bereits vor diesem Versuch, eine erste einheitliche und systematische Regelung der jüdischen Beschäftigung durchzusetzen, zu zahlreichen willkürlichen Fällen gekommen, in denen Juden zu unkoordinierten Arbeiten genötigt worden waren. Kurz nach dem Einmarsch der deutschen Truppen waren diese Eingriffe zumeist von Wehrmachts- und Polizeiangehörigen als Teil der Schikanierung jüdischer Opfer zur täglichen Praxis geworden. Zumeist wurden Juden einfach auf der Straße aufgegriffen und zur Trümmerbeseitigung in den Innenstadtbereichen, zur Bestattung Gefallener und zu allgemeinen Aufräumarbeiten gezwungen. Diese wilden Arbeitseinsätze führten häufig zu dem Ergebnis, dass der gewaltsam Verschleppte nie wieder zurückkehrte; viele der Opfer wurden nach Ableistung der Arbeit ermordet.

Die Einführung von Arbeitsausweisen durch die Zivilverwaltung sollte diesen anarchischen Zuständen ein Ende setzen. Die einzelnen Meldestellen des Rigaer Judenrates wurden angewiesen, bis zum 10. August 1941 eine Aufstellung aller verfügbaren männlichen und weiblichen jüdischen Arbeitskräfte im Alter von 14 bis 65 Jahren vorzulegen, einschließlich des Vermerks, wie viele dieser Personen bereits in Arbeitsverhältnissen stünden.<sup>16</sup> Während noch am 6. September 1941 2.638 beschäftigte Juden registriert waren, erhöhte sich diese Zahl bis Ende September auf insgesamt 13.725 Personen, die offiziell bei militärischen Dienststellen angestellt waren.<sup>17</sup> Jedoch verlief die praktische Umsetzung der Vorgaben zur Vereinheitlichung und effizienten Organisation des Arbeitseinsatzes alles andere als reibungslos. Die Anfangsphase war von Improvisation, Nichteinhaltung der Vorschriften durch deutsche Dienststellen und Fehleinschätzungen der gesamten Arbeitskräftesituation im Generalbezirk Lettland gekennzeichnet.

Die deutsche Zivilverwaltung überschätzte schlicht die Zahl der tatsächlich vorhandenen lettischen ausgebildeten Facharbeiter. Die Juden waren aus rassepolitischen Gründen aus den höheren und mittleren Positionen in der Wirtschaft entfernt worden und hatten niedere Hilfsarbeiten zu verrichten, jedoch gab es kaum einheimischen Ersatz für den Ausfall von

---

<sup>15</sup> LVVA, 1026-1-3, Bl. 310-315.

<sup>16</sup> Bundesarchiv Berlin (BA), R 91/164, unpag.

<sup>17</sup> Ebd., Schreiben des Leiters des Arbeitsamtes Riga an die Feldkommandantur Riga vom 30.9.1941 betreffend Judeinsatz; NA, T-459, roll 23, frame 345. Bericht über den jüdischen Arbeitseinsatz, 8.9.1941.

Facharbeitern. Während somit Arbeiter mit Fachkenntnissen auf falsche Stellen gesetzt wurden, verdrängte diese Maßnahme zudem lettische Hilfsarbeiter aus ihren Positionen.<sup>18</sup> Die einzige Instanz, die eine Einteilung von jüdischen Beschäftigten anhand gewisser wirtschaftlicher Kriterien vorschlug, war paradoxerweise der Judenrat des Rigaer Ghettos. Die meisten Juden, die in der Anfangsphase der deutschen Okkupation zu diversen Arbeiten gezwungen wurden, führten offiziell Reinigungs-, Aufräum- und Küchenarbeiten aus. Lediglich ca. 200-300 Juden wurden vom Judenrat täglich zu ökonomisch relevanter Arbeit, zum Torfstich nach Babīte und Sīrele, gesandt.<sup>19</sup>

Als das größte Problem bei der Umsetzung der „Arbeitspflicht“ erwiesen sich die deutschen Dienststellen selbst: Wehrmachts- und Polizeiangehörige – an die Erteilung von Befehlen und die bequemen unbürokratischen Zustände der ersten Besatzungswochen gewöhnt – dachten nicht daran, den umständlicheren Weg über einen Antrag beim Arbeitsamt zu gehen, um sich kurzfristig jüdische Arbeiter und Bedienstete zu beschaffen. Dieses eigenmächtige Vorgehen machte zunächst die Anweisungen der Zivilverwaltungen gegenstandslos und führte zu zahlreichen Beschwerden:

„So ist es wiederholt vorgekommen, dass vom Arbeitsamt zusammengestellte Kolonnen, die für bestimmte Zwecke vorgesehen waren, plötzlich von Bevollmächtigten irgend einer militärischen oder polizeilichen Dienststelle fortgeholt wurden. Dabei haben sich dann die bevollmächtigten Deutschen gegenseitig beschimpft und bedroht, alles vor den versammelten Juden. Auch auf der Strasse werden einzelne Juden einfach fortgenommen und zu Arbeiten verwandt, die nicht durch das Arbeitsamt zugewiesen waren. [...] Es werden dann häufig Juden als verschwunden gemeldet, die erst nach langer Zeit ihr Verschwinden aufklären können. Eine Kontrolle wird auf diese Weise unmöglich gemacht.“<sup>20</sup>

Diese ungeordneten Zustände zeitigten bald verheerende Auswirkungen auf die ohnehin schwierige Lage der betroffenen Juden. Unter den Bedingungen von Zwangsregistrierung, täglichem Terror, Diskriminierung und Verboten kam der Verdacht, „verschwunden zu sein“, einem Todesurteil gleich. Überlebende Juden, wie etwa Max Kaufmann, der die Möglichkeit

---

<sup>18</sup> Im ersten Stahlecker-Bericht gibt es einen langen Abschnitt zur volkswirtschaftlichen Struktur Lettlands und zu den Verlusten durch die sowjetische Diktatur, jedoch wurden diese Daten in den Planungen nicht berücksichtigt oder waren angesichts der Maßgaben in der „Judenfrage“ gegenstandslos.

<sup>19</sup> Tēvija vom 23. 8.1941.

<sup>20</sup> NA, T-459, roll 23, frames 352 f. Leiter des Arbeitsamtes Riga, Oberregierungsverwaltungsrat Max Dorr, an Gebietskommissar Riga, Abteilung IIb, 15.9.1941, betreffend „Schwierigkeiten beim Judeneinsatz“.

hatte, seine Erfahrungen schriftlich festzuhalten, vermitteln einen Eindruck von der Bedrohung, welche die allgemeine Arbeitspflichtverordnung für sie bedeutete:

„Uns holte man am nächsten Morgen zum Arbeiten aus dem Hofe. Mein Sohn und ich mussten die Schützengräben gegenüber dem Polytechnikum zuschütten. Unterwegs gab es wieder Schläge. Die Hitze war außergewöhnlich und der Durst quälte uns; aber um etwas Trinkbares zu bitten, wagten wir natürlich nicht. So trieb man uns bis zum späten Abend von einer Arbeit zur anderen.“<sup>21</sup>

Die Bemühungen, bei laufender Produktion einen zumindest einigermaßen funktionierenden Ablauf der Beschäftigung sowie der Arbeitsvermittlung von Letten zu schaffen, verliefen zeitgleich mit der Umsiedlung der jüdischen Bevölkerung ins Ghetto von Riga. Neben den oftmals erzwungenen tagelangen Arbeitseinsätzen standen viele Juden nun unter dem immensen Druck, bei äußerst begrenztem Wohnraum eine Bleibe zu finden, was für viele nach gut 14 Stunden täglicher Schwerstarbeit ein kaum zu bewältigendes Unterfangen war.

Der Umzug ins Ghetto wurde zudem durch zahlreiche Verbote – es war ihnen sogar strikt untersagt, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen – und durch die Abgabepflicht ihres Eigentums erschwert. Der Zwang zur Vollzeit- bzw. Überstundenarbeit bei beständig drohender Gewaltanwendung durch die Arbeitgeber machte eine Koordination aller den Juden auferlegten Verpflichtungen und Verbote nahezu unmöglich. Die Judenräte in den Ghettos des Generalbezirks Lettland standen vor der drängenden Aufgabe, innerhalb der Ghettos funktionierende soziale Einrichtungen zu schaffen, welche den Anforderungen des sozialen Lebens und der Versorgung gewachsen sein mussten. In den Beschäftigungsprozess wurden die Judenräte vor allem im logistischen Bereich eingebunden. Sie hatten den Mittelweg zwischen dem Arbeitskräftebedarf, den die deutsche Zivilverwaltung vorlegte, und der Anzahl arbeitsfähiger Juden in den Ghettos zu finden, angeforderte Arbeitskolonnen und -kontingente zusammenzustellen sowie grundsätzlich die Bereitstellung der Arbeiter zu gewährleisten. Es gibt Hinweise in Überlebendenberichten darauf, dass das Arbeitsamt des Judenrates in der Anfangszeit zumindest geringfügigen Einfluss darauf nehmen konnte, den Arbeitgebern bestimmte Arbeitskräfte vorzuschlagen, und sogar minimal bessere Arbeitsbedingungen zugunsten der arbeitenden Juden aushandeln konnte.<sup>22</sup>

---

<sup>21</sup> MAX KAUFMANN, Churbn Lettland. Die Vernichtung der Juden Lettlands, München 1947, S. 53 f.

<sup>22</sup> MAX MICHELSON, City of Life. City of Death. Memories of Riga, Boulder 2001, S. 118 f.



Die Realität des Ghettoalltags sah in Lettland ähnlich aus wie in den anderen deutsch besetzten Gebieten: angesichts der regelmäßig angesetzten Vernichtungsaktionen, denen in der Regel Selektionen von Arbeitsfähigen vorausgingen, waren die Überlebenschancen auf Flucht oder Arbeit beschränkt. Ein gültiger Arbeitsausweis konnte ein befristetes Überleben mittels Arbeit gewährleisten; eine gute Arbeitsstelle bzw. eine Facharbeiterbescheinigung verhieß geradezu „luxuriöse“ Möglichkeiten. Aus Erinnerungen von Überlebenden ist vielerorts ersichtlich, dass Vermittlungen auf Arbeitsstellen zwar nicht wirklich freiwillig erfolgten, aber jeder arbeitsfähige Ghettoinsasse selbstverständlich nach Arbeit suchte. Zwangseinteilungen zu Arbeitskommandos werden sehr selten erwähnt und betrafen in erster Linie den Torfstich.<sup>23</sup>

In der Regel befanden sich die Juden mit dem Antritt ihrer ersten Arbeit im Karussell des Beschäftigungsprozesses, bei dem Bekanntschaften häufig zu wichtigen Informationen über Arbeitsstellen und zur eventuellen Weitervermittlung führten. Es kam oft vor, dass mehrere Angehörige von Arbeitskommandos oder einzelne Facharbeiter je nach Bedarf kurzfristig umverteilt wurden. In manchen Fällen kamen Juden bei der Arbeit in engeren Kontakt mit entscheidungsbefugten Personen die ihnen bessere Arbeitsstellen vermittelten oder schlicht entsprechende Hinweise gaben. Kontakte dieser Art waren jedoch nicht die Regel, und das Arbeitsamt des Judenrates war und blieb für die meisten Juden die wichtigste Anlaufstelle, um Arbeit zu finden.

Bald stellte sich der Zivilverwaltung die Frage nach einer Bezahlung der jüdischen Arbeitskräfte. Dies bedeutete jedoch nicht, dass die Beschäftigten für die geleistete Arbeit auch nur annähernd angemessen entlohnt worden wären. Aufgrund der generellen „vorläufigen Richtlinien zur Behandlung der Juden im Ostland“ vom 18. August 1941 war es ihnen ohnehin verboten, einer regulären Erwerbstätigkeit nachzugehen. Lediglich der Besitz eines Betrags von 0,50 Reichsmark täglich pro Kopf „für jeden jüdischen

---

<sup>23</sup> BA Berlin, R 91/99 unpag. Bericht des Gebietskommissars Riga/Arbeitsamt an den Generalkommissar/Abteilung Sozialverwaltung für den Zeitraum vom 16.11.1941 bis 31.12.1942, 13.1.1942; NA, T-459, roll 19, frame 378. Schreiben des Gebietskommissars Riga/Arbeitsamt an den RKO – III/Arbeitspolitik und Sozialverwaltung, betreffend Judeneinsatz in Salaspils, 29.4.1942; Rossijskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv, Moskau (Russisches Staatliches Militärarchiv, RGVA), 504-2-8, S. 169–172. BdS Ostland an Reichssicherheitshauptamt betreffend erweitertes Polizeigefängnis Riga-Salaspils, 9.12. 1942; ebd., S. 152–155. Schreiben des BdS und des SD – Einsatzgruppe A betreffend Errichtung eines erweiterten Staatspolizeigefängnisses in Riga, 1.10.1941; ebd., S. 141. Fernschreiben des Chefs der Einsatzgruppe A an das Reichssicherheitshauptamt, Amt II betreffend Errichtung eines Konzentrationslagers in Riga, 21.7.1941. Siehe auch ANGRICK / KLEIN, „Endlösung“ in Riga, S. 246–258.

Haushaltsangehörigen“ war gestattet.<sup>24</sup> Tatsächlich handelte es sich diesmal bei der jüdischen Arbeit um eine Einkommensquelle für die Behörden des Reichskommissariats Ostland. Die Zivilverwaltung verstand sich als Eigentümer der arbeitenden und nichtarbeitenden Juden und betrachtete diese Konstellation als eine Kosten-Nutzen-Rechnung. Um die im Ghetto in Anspruch genommenen „Leistungen“ wie Mietfreiheit, Strom- und Wasserversorgung bezahlen zu können, sollten die arbeitsfähigen Juden an deutsche Dienststellen und Unternehmen aller Art „vermietet“ werden, um so die Unterhaltungskosten für das Ghetto wieder einzutreiben.

Bei dieser Rechnung wurden jedoch niemals große Beträge für die Auslagen der Ghettos verwandt, sondern flossen vielmehr in die Taschen der Zivilverwaltungsbeamten. Eine Gesamtdarstellung von den Vermögenswerten und Geldern, die die deutsche Zivilverwaltung und die Sicherheitspolizei aus der Ausbeutung der Juden einnahm, lässt sich nicht mehr rekonstruieren bzw. in Bezug zu den vermeintlichen Ausgaben für die Ghettos setzen. Das sogenannte Ghettovermögen umfasste, neben den Einnahmen aus der Arbeit der Juden, ebenfalls deren geraubtes bewegliches und unbewegliches Eigentum. Beides wurde zu einem Streitobjekt, das zu Konflikten zwischen der deutschen Zivilverwaltung und der Sicherheitspolizei führte. Die Akten gewähren nur einen ungefähren Einblick in die Umverteilungsprozesse der Gelder. Der Raub wurde bereits zum Zeitpunkt der Dokumentation verschleiert, und bezüglich der vermeintlichen Ghettokosten wurden fiktive wie auch wenig glaubhafte Beträge aufgelistet. Ein Beispiel für die Absurdität dieser Korrespondenzen ist eine Forderung der Stadt Riga an die Juden vom Mai 1942, worin nicht gezahlte Abgaben, Steuern und privatrechtliche Kosten von den Ghettobewohnern eingefordert wurden.<sup>25</sup> Dieses Schreiben unterstellte den Juden, während des Zeitraums vor der deutschen Besatzung steuer- und abgabenfrei gelebt zu haben. Die Alibifunktion solcher „Kosten“ zur Deckung von Finanzlöchern im Haushalt der Zivilverwaltung ist allzu deutlich. Ein weiteres Beispiel sind die Forderungen der „Energieversorgung Ostland“ an die Treuhandverwaltung der Zivilverwaltung zur Erfassung des jüdischen Vermögens vom Februar 1942, die vermeintliche Stromrechnungen im Umfang von über 10.000 Reichsmark aus dem Rigaer Ghetto beinhalteten.<sup>26</sup>

---

<sup>24</sup> LVVA, 1026-1-3, Bl. 313.

<sup>25</sup> NA, T-459, roll 21, frame 78. Schreiben des Gebietskommissars Riga an den Generalkommissar Riga/Abt. Treuhandverwaltung betreffend Forderungen der Stadt Riga gegen Juden, 26.5.1942.

<sup>26</sup> NA, T-459, roll 3, frames 107-109. Energieversorgung Ostland an Generalkommissar Riga/Abt. Treuhandverwaltung, 3.2.1942 betreffend die Bezahlung des durch die Juden im Ghetto genutzten Stroms.

Es ist nicht überliefert, wer letztendlich für diese Kosten aufkam. Ein Dokument der Treuhandgesellschaft des Generalkommissariats Riga hingegen verweist auf einen Scheck von 1.000 Reichsmark, der dem Ghetto-kommandanten Krause als Abgeltung für das Zur-Verfügung-Stellen von Juden und zur „Judenverpflegung“ gewährt wurde. Auch hier bleibt ungeklärt, ob diese Rechnung beglichen wurde.<sup>27</sup>

Die Zahlen gewähren einen ungefähren Einblick darin, wie hoch das Maß an Korruption war und wie viele Instanzen an der Bereicherung durch die Ausbeutung der arbeitenden Juden beteiligt waren. Zum Profit, den die deutsche Besatzungsverwaltung aus der jüdischen Arbeit zog, ist immerhin folgende Zahl dokumentiert: Der finanzielle Gewinn des Generalkommissariats Lettland zwischen September 1941 und Oktober 1942 betrug insgesamt 27.249.127,25 Reichsmark. Diese Summe enthält, neben den geraubten beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerten von Juden, auch die Leistungen der jüdischen Arbeiter.<sup>28</sup> In den Anordnungen des Gebietskommissars Riga-Stadt vom 27. bzw. 31. Oktober heißt es:

„Wer nach dem 11. November 1941 Juden beschäftigt, muss den *tariflichen Lohn* bezahlen. Der gesamte Arbeitsverdienst ist wöchentlich an die Stadtverwaltung Riga Abtl. Finanzamt, Königstr. 5, abzuführen. Die Auszahlung von Lohngeldern an Juden ist untersagt.“<sup>29</sup>

Die Stundenlöhne für jüdische Arbeiter betrugen 0,30 Reichsmark für ungelernte Kräfte und 0,44 Reichsmark für qualifizierte Facharbeiter bzw. 0,50 Reichsmark für Vorarbeiter.<sup>30</sup> Die arbeitenden Juden erhielten als Gegenleistung Lebensmittelzuteilungen, deren offizielle Auflistung bereits zeigt, dass sie unter dem materiellen Existenzminimum lagen.<sup>31</sup> In der Regel wurden diese Vorgaben nur bedingt in die Praxis umgesetzt und die Beschäftigten erhielten sogar noch weit weniger oder keine Nahrung, obwohl Juden im schweren Arbeitseinsatz offiziell 1.700 Gramm Brot und 4.500 Gramm Kartoffeln zustanden.<sup>32</sup>

---

<sup>27</sup> NA, T-459, roll 2, frame 1118. Gebietskommissar Riga an Ghetto-kommandant Krause, 17.1.1942, betreffend einen Scheck der Treuhandgesellschaft von 1.000 Reichsmark zur Verpflegung der deportierten Juden, die zu Innenarbeiten im Rigaer Ghetto eingesetzt waren.

<sup>28</sup> NA, T-459, roll 32, frame 921. Schreiben des Generalkommissariats Riga betreffend finanzielle Einnahmen zwischen September 1941 und Oktober 1942, o. D.

<sup>29</sup> NA, T-459, roll 21, frame 834. Anordnungen des Gebietskommissars Riga-Stadt, 27.10. bzw. 31.10.1941. – Hervorhebung im Original unterstrichen.

<sup>30</sup> Ebd.

<sup>31</sup> NA, T-459, roll 17, frame 660. Lebensmittelrationen für Juden, o. D.

<sup>32</sup> Ebd.

Die Arbeitsstellen, auf denen Juden beschäftigt wurden, lagen im landwirtschaftlichen Bereich, in der Industrie (z. B. die Staatliche Elektrotechnische Fabrik VEF, die AEG Riga, Siemens, die Baugruppe Giesler, Straßenbauunternehmen, VW-Niederlassungen etc.) sowie bei Wehrmachts- und Polizeidienststellen (Armeebekleidungsamt, Organisation Todt, Heeresverpflegungsstelle, verschiedene Truppenwirtschaftslager, Heereskraftwagenpark – HKP etc.). Zwei hinsichtlich der Arbeits- und Überlebensbedingungen extreme Ausnahmen bildeten der Torfstich und die Fabrik Lenta. Das Torfstechen galt als schlechteste Option auf dem Ghetto-Arbeitsmarkt. Die für Lettlands Brennstoffversorgung wichtige Torfgewinnung fand unter katastrophalen Arbeitsbedingungen statt, die durch das Klima noch potenziert wurden. Insbesondere im Sommer verursachten Mückenplagen eine ernsthafte Fleckfiebergefahr und verringerten die Überlebenschancen der in Zelten und unter primitivsten hygienischen Bedingungen untergebrachten Schwerstarbeiter noch zusätzlich. Die Sterblichkeitsrate war entsprechend hoch. Die Fabrik Lenta hingegen war im Jargon des Rigaer Ghettos als „Judenparadies“ bekannt, und dortige Arbeitsstellen waren unter den Ghettoinsassen sehr begehrt. Ursprünglich eine Schneider- und Kürschnerwerkstatt, stellte Lenta nicht nur Maßkleidung für hochrangige Polizeiangehörige her, sondern verfügte u.a. auch über eine Schmiede, ein Fotolabor und eine Druckerei. Der Leiter des Unternehmens, SS-Rottenführer Fritz Scherwitz, ist vielen Überlebenden als Kommandant in Erinnerung geblieben, der keine Misshandlungen zuließ.<sup>33</sup> Die hygienischen Verhältnisse und die Verpflegung der jüdischen Arbeiter und Arbeiterinnen galten, gemessen am „Standard“, als „mustergültig“ – die jüdischen Arbeiter verfügten über eine eigene Küche. Im Unterschied dazu wurden die Juden an den meisten Arbeitsstellen nur geringfügig oder gar nicht verpflegt. Ob es sich dabei um einen Fall von außergewöhnlicher Humanität oder um kalkuliertes Geschäftsinteresse handelte, sei dahingestellt. Lenta bot den dort arbeitenden Juden auf jeden Fall Chancen, mittels Arbeit zu überleben.<sup>34</sup>

In der Regel wechselten die jüdischen Arbeiter häufig ihre Arbeitseinsatzstellen. Der Überlebende Max Michelson schilderte seine Erfahrungen als Arbeiter in verschiedensten Bereichen:

„During the early months in the Little Ghetto I worked for Quartieramt, the Wehrmacht quartermaster, at the time one of the larger employers of Jews. We arranged and fixed up the quarters for army units and did janitorial and main-

---

<sup>33</sup> Zur Mythenbildung bezüglich der Rolle Fritz Scherwitz' vgl. ANITA KUGLER, Scherwitz, der jüdische SS-Offizier, Köln 2004.

<sup>34</sup> ANGRICK / KLEIN, „Endlösung“ in Riga, S. 409; HILDE SHERMAN-ZANDER, Zwischen Tag und Dunkel. Mädchenjahre im Ghetto, Frankfurt a. M. 1983, S. 73.

tenance work. Occasionally, I worked directly for Wehrmacht units. I seldom stayed at one place longer than a few weeks, at most a month.“<sup>35</sup>

Diese Darstellung der Arbeitsbedingungen dürfte ein repräsentatives Bild dafür abgeben, auf welche Weise die tägliche Arbeit die Lebensumstände der Juden bestimmte.

### Geschlossene Ghettos – eine Illusion?

Das Rigaer Ghetto war am 25. Oktober 1941 um 18 Uhr offiziell geschlossen worden. Mit Wirkung vom 1. November durften das Ghettogebiet nur noch Juden verlassen, die im Besitz eines vom Arbeitsamt ausgestellten Ausweises waren. Tatsächlich herrschte jedoch aufgrund der Wirtschaftsstruktur im Generalbezirk Lettland bereits seit Beginn der deutschen Besatzung bei der Verteilung der Arbeitskräfte ein für die deutsche Zivilverwaltung unerwünschter Zustand. Die Planung, die zur Errichtung eines abgeschlossenen Wohnbezirks für Juden führte, umfasste in der Regel mehrere Kriterien. Meist wurden abgelegene und ärmere Gegenden ausgewählt, die bereits größtenteils von Juden bewohnt waren, so dass den deutschen Behörden großangelegte Umsiedlungsmaßnahmen erspart blieben. Hierbei wurde allerdings oft außer Acht gelassen, dass die Insassen als Arbeiter ausgebeutet werden sollten, ihre künftigen Arbeitsplätze jedoch außerhalb der Ghetto Grenzen lagen. Die täglichen oft stundenlangen Märsche der Arbeitskolonnen forderten nicht nur einen erheblichen Zeit- und Kraftaufwand, sondern stellten ein Sicherheitsrisiko für die deutschen Behörden und eine Chance für die jüdischen Opfer dar, da die langen Wege zahlreiche Kontakt- und Fluchtmöglichkeiten boten. Im Ghetto Liepāja konnten sich die Insassen sogar ohne Bewachung innerhalb der Stadt zwischen Ghetto gelände und Beschäftigungsort bewegen.<sup>36</sup>

Andererseits bedeutete der lange Anmarsch auch eine erhebliche Mehrbelastung für die Juden, verkürzte die ohnehin wenigen Stunden der Erholung und stellte somit ein wachsendes Risiko für die Gesundheit und damit die Überlebenschancen der Arbeiter dar. Die Kolonnen begannen ihren Arbeitstag in der Regel mit dem Ausmarsch aus dem Ghetto um sechs Uhr morgens und kehrten erst nach 22 Uhr zurück. Um dem abzuweichen, wurde von Seiten der Arbeitgeber mit erstaunlicher Schnelligkeit reagiert. Noch bevor die Ghetto Grenzen in Riga geschlossen worden waren, befanden sich die meisten arbeitenden Juden in „kasernierten“ Verhältnissen; d. h. sie

---

<sup>35</sup> MICHELSON, *City of Life*, S. 116 f.

<sup>36</sup> JOSEF KATZ, *Erinnerungen eines Überlebenden*, Kiel 1988, S. 84 ff.

blieben über einen längeren Zeitraum auf ihren Arbeitsstellen, wurden dort gepflegt und kehrten nur alle zwei bis drei Wochen für kurze Zeit ins Ghetto zurück.

Die Praxis, jüdische Arbeiter längerfristig zu beschäftigen und unterzubringen, war bereits von den Wehrmachts- und Polizeidienststellen in den Anfangswochen der willkürlichen und anarchischen Rekrutierung von „Arbeitskräften“ eingeführt worden und hatte sich als so sinnvoll erwiesen, dass sie später auch größere Betriebe übernahmen – allerdings zum Leidwesen der Zivilverwaltung und der Sicherheitspolizei. Die Hauptfunktion des Ghettos – die Isolierung der Juden von der restlichen Bevölkerung – erwies sich durch den nicht mehr aufzuhaltenden Kasernierungsprozess als nicht durchführbar. Am 1. Mai 1941 beschwerte sich der Generalkommissar in Riga, Otto Heinrich Drechsler, bei der Heeresbaudienststelle über das generelle Vorgehen, die Juden an ihren Arbeitsstellen übernachten zu lassen, und verlangte mit sofortiger Wirkung, diese täglich bis um 20 Uhr im Ghetto abzuliefern: „Es ist mit der Einstellung zur Judenfrage überhaupt nicht vereinbar, nachdem ein Ghetto in der Stadt besteht, zurzeit ungezählte kleinere Ghettos entstehen zu lassen“.<sup>37</sup> Dennoch wurden durch immer neue Kasernierungen zunehmend Tatsachen geschaffen, sodass Zivilverwaltung und SD nur noch symbolisch intervenierten und bei Anträgen auf Kasernierung lediglich eine entsprechende Begründung verlangten.

Welchen Einfluss hatte die generelle Arbeitssituation auf die Struktur der drei Ghettos des Generalbezirks Lettland? Jedes dieser Ghettos stellte, abhängig von den lokalen Gegebenheiten, einen Sonderfall dar, jedoch lassen sich Parallelen bei der Ausbeutung der Juden feststellen. Als Hauptschauplätze der Beschäftigung hatten alle diese Ghettos bzw. deren Judenräte mit denselben wirtschaftlichen Gegebenheiten des Generalbezirks Lettland umzugehen und reagierten auf ähnliche Weise: mit Kasernierung, permanenter Arbeitskräfteumverteilung, offizieller Streichung der jüdischen Facharbeiter und bisweilen mit „Sondereinsätzen“ von Juden zu Tätigkeiten, für die es nicht genügend lettische Facharbeiter gab, sowie mit vorwiegendem Einsatz in der Versorgungsindustrie und kriegswirtschaftlichen Produktion.

Das Ghetto Riga bildete insofern eine Ausnahme, als es de facto zwei Schicksale hatte. Als Internierungsort für die einheimischen Juden war dem Ghetto nur eine kurze Lebensdauer bestimmt. Die lettisch-jüdische Gemeinde wurde in einem sehr kurzen Zeitraum durch die beiden Vernichtungsaktionen vom November und Dezember 1941 bis auf ca. 4.500 Menschen ausgelöscht; die Mitglieder des Judenrates waren ebenfalls unter den

---

<sup>37</sup> NA, T-459, roll 21, frame 404. Schreiben des Generalkommissars an die Heeresbaudienststelle, 1.5.1942.

Opfern. Diese Judenratsangehörigen unter der Leitung von Dr. Rudolf Blumenfeld werden in den Berichten Überlebender als hilfreiche und kompetente Persönlichkeiten geschildert, die hohen Respekt unter den Ghettobewohnern genossen und es vermochten, im Sinn und zugunsten der sozialen Bedürfnisse der Ghettobewohner zu wirken. Unter der Leitung von A. Koelmann gab es im Ghetto ein Sozialamt, das u. a. über Schulen, ein Nachtasyl und Altersheime verfügte.<sup>38</sup> Diese Sozialstrukturen wurden jedoch nach kurzer Zeit – mit der Liquidierung des Großteils der lettischen Juden bis Anfang Dezember 1941 – zerstört, und das Ghetto Riga wurde von deportierten Juden aus dem sogenannten Altreich, Österreich und Böhmen besiedelt. Als die ersten Neuankömmlinge ins Ghetto kamen, fanden sie noch Spuren der erst kurz zuvor ermordeten lettischen Juden wie auch eindeutige Belege der Vernichtung. Das Ghettogebiet war geteilt worden – das „Kleine Ghetto“ wurde von den wenigen überlebenden lettischen Juden bewohnt, das „Große Ghetto“ diente als Wohnbezirk für die Deportierten. Die Insassen reagierten sofort auf die neuen Lebensumstände und stellten einen eigenen Judenrat auf, der die Geschicke des Ghettos zukünftig lenken sollte. Unter der Leitung des Kölners Herbert Schulz wurde eine Arbeits-Einsatzzentrale geschaffen, der Hannoveraner Ernst Meyer leitete den Technischen Dienst für ghettointerne Reparaturarbeiten.<sup>39</sup>

Auf dem „Arbeitsmarkt“ stellten die neu hinzugekommenen Juden für die Einheimischen keine ernstzunehmende Konkurrenz dar. Letztere hatten einen großen „Heimvorteil“, weil sie in den ersten harschen Wochen des Überlebens gelernt hatten, sich in der ohnehin extremen Situation rasch und flexibel den ständig wechselnden Verhältnissen anzupassen. Für die gerade den Deportationszügen entstiegenden Juden hingegen waren dies Momente der Verfolgung, in denen sie die Rolle und Funktion der Arbeit für ihre Überlebenschancen völlig neu definieren mussten. Wenn ihnen soviel Zeit blieb, durchliefen sie eine Schule, welche die am Leben gebliebenen lettischen Juden bereits absolviert hatten.

Dieser Tatsache waren sich die deutschen Besatzungsbehörden durchaus bewusst. Die lettischen Juden galten generell als Spezialisten mit handwerklicher Fachausbildung, die Deportierten hingegen wurden in erster Linie als akademisch ausgebildete Hilfsarbeiter behandelt.<sup>40</sup> Als auslän-

---

<sup>38</sup> MICHELSON, *City of Life*, S. 94.

<sup>39</sup> ANGRICK / KLEIN, „Endlösung“ in Riga, S. 235 f.

<sup>40</sup> NA, T-459, roll 18, frame 433-434. Bericht des Generalkommissars Riga an den RKO für den Zeitraum zwischen Oktober und November 1942, 10.12.1942: „Während die lettischen Juden mehr handwerklich ausgebildet sind und daher entsprechend zum Einsatz kommen konnten, werden die Juden aus dem Reich zum größten Teil als Hilfsarbeiter verwendet.“



dische Juden gehörten sie ohnehin in den Kompetenzbereich der Sicherheitspolizei und des SD, sodass der Kommandeur der Sicherheitspolizei Rudolf Lange über sie entschied. Dies bedeutete automatisch ein weit größeres Maß an Rücksichtslosigkeit hinsichtlich der Arbeitsbedingungen. Sofort nach Ankunft der ersten Deportationszüge in Riga veranlasste Lange den Aufbau des Arbeits- und Umerziehungslagers Salaspils in der Nähe von Riga. Als Quasi-Eigentum der Sicherheitspolizei wurden die Juden aus Deutschland bei den Bauarbeiten eingesetzt; es gab kaum Alternativen zur angeordneten Arbeitseinteilung und erst recht keine Freiwilligkeit. Dem Judenrat wurde eine Liste mit dem Kontingent der benötigten männlichen Arbeitskräfte vorgelegt, das dieser bis zu einem bestimmten Termin zu stellen hatte.

Die Arbeitsbedingungen in den Wintermonaten 1941/42 waren so harsch, dass die Sterblichkeitsrate selbst für die Verhältnisse des Rigaer Ghettos erschreckend hoch war. Die Zwangsarbeiter waren in provisorisch errichteten Baracken ohne Fenster und Heizung untergebracht, die keinerlei Schutz vor Kälte boten; zudem war die Verpflegung minimal. Die tägliche Ration bestand aus Wassersuppe, in der verdorbener Rhabarber und Fischköpfe schwammen, sowie 300-400 Gramm Brot. Die arbeitenden Juden hatten ausschließlich Außenarbeiten zu leisten und waren permanenten Misshandlungen und Gewalttaten durch die Lagerleitung ausgesetzt. Die Männer, die diese Prozedur überlebten, kehrten als wandelnde Skelette ins Ghetto zurück und fielen in den darauf folgenden Wochen als Pflegefälle für jede Arbeit aus.<sup>41</sup> Auch kam ein großer Teil der deportierten Juden nach der Ankunft in Riga / Šķīrotava zunächst für einige Wochen ins Lager Jungfernhof / Jumpravmuiža, einen landwirtschaftlichen Betrieb, auf dem sie in zwei großen Scheunen untergebracht waren und arbeiteten.<sup>42</sup>

Der Bau des Arbeitserziehungslagers Salaspils ist ein gut belegtes Beispiel, in dem Juden tatsächlich Zwangsarbeit im Sinn von absoluter Unfreiwilligkeit leisten mussten und bei Verweigerung der geforderten Arbeitsleistung mit Gewaltanwendung zu rechnen hatten. Den Erinnerungen des Überlebenden Josef Katz zufolge wurden dafür ab Dezember 1941 regelmäßig Gruppen von Männern ausgewählt. Es gibt weder archivalische Quellen noch Erinnerungsberichte, die auf einen Hinweis auf Bezahlung an die Arbeiter verweisen. Es hat im Generalbezirk Lettland auch andere

---

<sup>41</sup> ANGRICK / KLEIN, „Endlösung“ in Riga, S. 246 ff.; KATZ, Erinnerungen, S. 37; Hilde Sherman-Zander verlor auf diese Weise ihren ersten Ehemann, der an den Folgen des Arbeitseinsatzes in Salaspils starb: SHERMAN-ZANDER, Mädchenjahre, S. 56 ff.

<sup>42</sup> Staatsanwaltschaft Hamburg, 141 Js 534/69. Anklageschrift gegen Gerhard Kurt Maywald, Bl. 132 f.; LVVA, 132-28-20, Bl. 20; ANGRICK / KLEIN, „Endlösung“ in Riga, S. 246 ff.



vereinzelte Fälle von tatsächlichem Zwang zur Arbeit unter Androhung von Gewalttaten und Strafen gegeben, jedoch waren dies im Vergleich zum „normalen“ Prozedere des Arbeitseinsatzes von Juden die Ausnahmen. Konkrete Zahlen lassen sich nicht mehr ermitteln.

Die Einteilung von Arbeitsstellen in „gute und schlechte“ Kommandos hing vom Erfahrungshintergrund eines jeden Arbeiters ab, sodass es auch zu fatalen Fehleinschätzungen kommen konnte. Der aus Kiel deportierte Überlebende Josef Katz meldete sich beispielsweise freiwillig zur Arbeit in einer Gärtnerei in der Hoffnung auf bessere Verpflegung durch das dort angebaute Gemüse und sah seine Hoffnungen bitter enttäuscht. Die Ernte wurde strikt von der Lebensmittelration für die arbeitenden Juden getrennt und es gab unter den Bedingungen der strengen Bewachung keine Möglichkeit zum Stehlen. Die Rationen bestanden nur aus Wassersuppe und etwas Brot, die Misshandlungen waren grausam.<sup>43</sup>

Jedoch spielten auch andere Beweggründe eine Rolle bei der begrenzten Auswahl an Arbeitsmöglichkeiten: Wer sich zu dem Versuch entschlossen hatte, nicht mittels Arbeit zu überleben, sondern eine Flucht plante, sah durchaus eine Perspektive in dem als sehr schlecht geltenden Torfstichkommando. Die Arbeitsbedingungen waren zwar langfristig in den meisten Fällen tödlich, aber der abgelegene Arbeitsplatz in der Nähe von Wäldern und die weniger strenge Bewachung boten Möglichkeiten zur Flucht und zur Kontaktaufnahme mit Partisanen.<sup>44</sup>

## Überleben

Die Arbeitsbedingungen unterlagen ständig Veränderungen, und das nicht nur wegen der sich laufend verschiebenden Prioritäten des kriegswirtschaftlich bestimmten Arbeitsmarktes. Die permanenten Selektionen, Erschießungen und anderen Terroraktionen der Sicherheitspolizei wie auch die stete Gewalt der lettischen Ghettoachen unterbrachen die ohnehin schwer abschätzbare Routine des Ghettoalltags.

Für die beiden nach der Ankunft der deportierten Juden existierenden Rigaer Ghettos waren die sogenannten Dünamünde-Aktionen vom 15. und

---

<sup>43</sup> KATZ, Erinnerungen, S. 57.

<sup>44</sup> Der Historiker Mārgers Vestermanis überlebte die Verfolgung, indem er sich, zum Entsetzen seiner Bekannten im Ghetto, freiwillig zum Torfstichkommando nach Popervale meldete und von dort aus zu den Partisanen floh. Gespräch mit Mārgers Vestermanis am 2.3.1993 in Riga.

26. März 1942 mit ca. 4.000 Opfern<sup>45</sup> und das Massaker der lettischen Ghettopolizei vom 31. Oktober 1942<sup>46</sup> einschneidende Ereignisse, welche die Lebensbedingungen wie auch die Arbeitssituation neu bestimmten. Den Schlusspunkt setzte der Befehl Heinrich Himmlers vom 21. Juni 1943, sämtliche Juden des Ostlands in Konzentrationslager der Größe von nicht unter 1.000 Mann zu überführen.<sup>47</sup> Dies beendete die Arbeit im Zusammenhang mit den Ghettos im Generalbezirk Lettland zwar insoweit, als die „Wohnbezirke“ sukzessive aufgelöst und die Juden in Konzentrationslagern interniert wurden, aber für die in der Produktion, Landwirtschaft und Industrie eingesetzten jüdischen Beschäftigten änderte sich nicht allzu viel.

Die Ansichten der Sicherheitspolizei standen den Anforderungen einer rentablen Wirtschaft, nun insbesondere angesichts der akuten Engpässe an der Ostfront, ernsthaft im Weg. Die jüdischen Arbeiter konnten nicht einfach aus den bestehenden Arbeitsverhältnissen gerissen und in ein zentrales Konzentrationslager gesperrt werden. Das Problem der weit gestreuten Arbeitsstellen bestand nach wie vor. Die Reaktion der lokalen deutschen Verwaltung war entsprechend flexibel: Jüdische Arbeitskolonnen wurden offiziell zusammengelegt, um der geforderten Stärke von 1.000 Mann zu entsprechen, Kasernierungen wurden ebenfalls offiziell (auf dem Papier) zusammengefasst, die Arbeitskolonnen jedoch in der bisherigen Weise und personellen Größe zum Einsatz gebracht – je nach der zu leistenden Arbeit.<sup>48</sup> Die Juden hingegen, die tatsächlich ins KZ Kaiserwald kamen, erfuhren nun als Häftlinge alle mit dem Lager verbundenen Härten.

In den Ghettos Daugavpils und Liepāja gestalteten sich die Arbeitsverhältnisse ähnlich wie in Riga, doch unterlagen die Entscheidungskriterien mehr den lokalen Besonderheiten und Anforderungen der regionalen Wirtschaftslage. Es musste auf die wenigen Wirtschaftsbereiche, die vorhanden waren, zurückgegriffen werden, und die Juden konnten nur dort zu einem ökonomisch sinnvollen Einsatz kommen. Die lettische Ökonomie war traditionell in Riga und Umgebung zentriert, und daran konnten auch

---

<sup>45</sup> Schwurgericht Hamburg, (50) 14/51 14 Js210/49. Urteil gegen Rudolf Seck, Bl. 9 f.; SHERMAN-ZANDER, Mädchenjahre, S. 48-50; ANGRICK / KLEIN, „Endlösung“ in Riga, S. 341 ff.

<sup>46</sup> RGVA, 504-2-8, Bl. 2. Kurzbericht über die Tätigkeit der Sicherheitspolizei und des SD in der Bekämpfung von Banden und Fallschirmspringern seit dem 1.10.1942, 14.12.1942; KATZ, Erinnerungen, S. 82.

<sup>47</sup> NA, T-459, roll 23, frame 410; BA Berlin, R 91/164 unpag. Ratifizierung überliefert in einem streng vertraulichen Bericht des Gebietskommissars Riga vom 8.7.1943 über die „Umsetzung der Juden in Lager nicht unter 1.000 Mann“.

<sup>48</sup> NA, T-459, roll 19, frame 503. Gebietskommissar Riga/Arbeitseinsatz an Generalkommissar Riga/Abt. III betreffend Abzug jüdischer Arbeitskräfte und Umsetzungen in Konzentrationslager, 18.8.1943.

die deutschen Besatzer zunächst nicht viel ändern. In der Provinz sorgten lediglich die lokalen Wehrmachtsdienststellen für den Aufbau einer auf den militärischen Bedarf ausgerichteten neuen Wirtschaftsstruktur, in der ein Großteil der Juden beschäftigt wurde.

Das Ghetto in Liepāja war aufgrund seiner späten Entstehung und der bereits vorher stark dezimierten jüdischen Gemeinde klein und bot somit hinsichtlich des Arbeitseinsatzes seiner Insassen eine übersichtliche Struktur. Leider sind nur wenige Tatsachen zum Ghettoleben und zur Arbeit der Juden aktenkundig geworden. Aus den Aufzeichnungen Überlebender ist bekannt, dass der Judenrat unter der Leitung von Zalman Israelit und Menash Kaganski nicht nur das Wohlwollen des ohnehin als relativ human charakterisierten deutschen Ghettokommandanten Kerscher genoss, sondern auch mehrfach Erleichterungen erreichen konnte.<sup>49</sup> Nahezu alle Juden waren außerhalb des Ghettos beschäftigt: ein Teil beim SD-Hauptquartier; die meisten jedoch in der Zuckerfabrik der Stadt.<sup>50</sup> Zudem existierte ein Nebenlager in Paplaka, das bis zum Oktober 1942 als Arbeitslager für die Waffen-SS diente.<sup>51</sup>

Offensichtlich war die Zahl der ortsansässigen Juden für die Produktion in der Zuckerfabrik nicht ausreichend, denn zwischen dem 22. Oktober 1942 und März 1943 wurde ein Kommando von 160 Juden aus dem Ghetto Riga dorthin zur Arbeit verlegt.<sup>52</sup> Dies sind die einzigen Informationen, die sich zur Arbeit der Juden des Ghettos Liepāja finden lassen. Es gibt keine Hinweise auf die Arbeitsbedingungen, die Lebensmittelrationen oder auf kleinere Arbeitskommandos. Als einigermaßen gesicherte Tatsache kann jedoch gelten, dass die Lebensbedingungen der Juden in diesem Ghetto generell um einiges leichter waren als in den beiden anderen Ghettos im Generalbezirk Lettland.<sup>53</sup> Es liegt auch ein Aktenvermerk vor, wonach die Zahlungen, die von den Arbeitgebern für die jüdischen Zwangsarbeiter an die Gebietsverwaltung geleistet werden mussten, gleich hoch waren wie die Beträge für die lettischen Arbeiter: „Der Lohn ist zu errechnen wie für einheimische Arbeitskräfte bei gleicher Tätigkeit“.<sup>54</sup>

---

<sup>49</sup> Shoah-Foundation, VHA (USC), Interviews mit Masha Blumenthal und Anna Kroinudina; LVVA, 83-1-181, Bl. 9.

<sup>50</sup> Ebd.; KATZ, *Erinnerungen*, S. 84 ff.

<sup>51</sup> ARON VESTERMAN, *Survival in a Libau Bunker*, in: *Muted Voices. Jewish Survivors from Latvia Remember*, hg. v. GERTRUDE SCHNEIDER, New York 1987, S. 157-168, hier S. 163.

<sup>52</sup> KATZ, *Erinnerungen*, S. 84 ff.

<sup>53</sup> Ebd.

<sup>54</sup> LVVA, 83-1-118, Bl. 1. Anordnung über die Beschäftigung und Bezahlung von jüdischen Arbeitskräften des Gebietskommissars Libau, Dr. Alnor, 5.8.1942.

Hinsichtlich der Akkordarbeitsentlohnung jedoch wurde wie in den anderen Ghettos auch verfahren: 25 % des Lohns, den die Juden für die Akkordarbeit erhalten sollten, behielt der Gebietskommissar Libau ein.<sup>55</sup> Die Zivilverwaltung in Liepāja profitierte demnach von der Ausbeutung jüdischer Arbeitskräfte in höherem Maße als in es Riga der Fall war. Die Insassen des Ghettos wurden am 7. Oktober 1943 in das Konzentrationslager Kaiserwald nach Riga überstellt.

Das Ghetto Daugavpils schließlich stellte einen modifizierten Fall dar, sowohl hinsichtlich der gesamten Ghetto-Infrastruktur und der personellen Struktur als auch der Arbeit. Der lettisch-jüdische Historiker Mārgers Vestermanis charakterisierte es als einen Internierungsort, der weit mehr als andere Ghettos auf den Zweck der Vernichtung ausgerichtet war: „Die Chronik des Ghettos in Dünaburg demonstriert exemplarisch, wie ein jüdisches Lager ausschließlich zur Erfassung und Konzentration der Opfer zum Zwecke der Vernichtung organisiert wurde“.<sup>56</sup> Tatsächlich waren die dortigen Lebensbedingungen, verglichen mit denen in anderen jüdischen Wohnbezirken im Generalbezirk Lettland, weit härter und primitiver, jedoch handelte es sich nicht ausschließlich um einen Ort der Vernichtung. Es gab für die Juden trotz der größeren Widrigkeiten dennoch die Möglichkeit, mittels Arbeit zu überleben.

Im Ghetto Daugavpils lebte ebenso wie im Ghetto Riga keine Familie, die nicht von den Mordaktionen zu Beginn der Okkupation betroffen war: Von den zum Zeitpunkt der offiziellen Ghettoschließung am 27. Juli 1941 geschätzten 14.000 Ghettobewohnern waren am 5. Dezember 1941 noch genau 962 Personen am Leben.<sup>57</sup> Sie alle durchliefen den gleichen Prozess der Arbeit, mit dem auch die Bewohner der anderen lettischen Ghettos konfrontiert waren. Ab diesem Zeitpunkt bis zum 1./2. Mai 1942, als in einer weiteren Vernichtungsaktion 500 Menschen getötet wurden, bestand die nahezu einzige Überlebenschance der Juden des Ghettos Daugavpils in Arbeit.

Die Umsiedlung ins Ghetto war im Juli 1941 sehr rasch mittels Vertreibung aus dem Stadtzentrum erfolgt, und zwar auf Initiative der Militärverwaltung im Zusammenwirken mit einer selbsternannten lettischen Polizeiverwaltung. Das Ghettogebiet befand sich im Stadtteil Grīva, am Ufer der Daugava, und bestand aus den ehemalige Stallungen der zaristischen Kavallerie, bei denen es sich größtenteils um Gebäude ohne Fenster, Türen oder Dächer handelte, in denen es weder fließendes Wasser noch Strom

---

<sup>55</sup> Ebd.

<sup>56</sup> VESTERMANIS, Haftstätten, S. 484.

<sup>57</sup> LVVA, 6962-21-26, Bl. 1-19. Namensliste sämtlicher Bewohner des Ghettos Daugavpils, 5.12.1941.

gab. Aus einer Verordnung des lettischen Polizeipräfekten von Ende Juli 1941 geht hervor, dass der ans Ghetto grenzende Fluss gleichermaßen als Wasserreservoir wie als Waschmöglichkeit diente.<sup>58</sup> Der Judenrat unter der Leitung des Ingenieurs Miša Movšensons wird von Überlebenden als sehr korrupt erinnert.<sup>59</sup> Laut Verordnung des lettischen Polizeipräfekten Blūzmanis hatte der Judenrat als Bindeglied zwischen lokaler Polizeibehörde, Stadtverwaltung und Ghetto zu dienen und war für Belange wie die Registrierung der Juden, die Ghettokasse, Versorgungsfragen, die Befolgung sämtlicher Anordnungen der Polizei- und Stadtverwaltung, die Schaffung von Werkstätten im Ghetto und den Arbeitseinsatz der Ghettobewohner zuständig. Letzteres beinhaltete vor allem den geordneten Ablauf des Transports der Juden zu ihren Arbeitsstellen und deren ordnungsgemäße Rückkehr ins Ghetto. Die städtischen Behörden sandten ihre Arbeitskräfteanforderungen an die zuständige Stelle der Arbeitsverwaltung des Judenrates. Diesem oblag die Bearbeitung der Anträge, die Zusammenstellung von Arbeitskolonnen und der Transfer der Arbeitskräfte zwischen Ghetto und Einsatzstelle – wie im Ghetto Riga.

Zu den Arbeitsstellen der Juden des Ghettos Daugavpils sind in den Dokumenten nur wenige Hinweise zu finden, zu den Lohnтарifen der Arbeitskräfte gar keine. Das einzige überlieferte Schriftstück, das über die Anzahl der arbeitenden Juden und ihre Einsatzorte in Daugavpils Aufschluss gibt, ist auf den 2. Juni 1943 datiert.<sup>60</sup> Dieses Verzeichnis von Juden aus dem Ghetto und den Dienststellen ihres Arbeitseinsatzes zeigt lediglich einen fragmentarischen Teil aus dem Gesamtprozess der Arbeit während der Existenz des Ghettos. Dem Verzeichnis ist jedoch zu entnehmen, dass am 2. Juni 1943 insgesamt 469 Ghettoinsassen in Beschäftigungsverhältnissen mit diversen Dienststellen standen. Diese Zahl entspricht in etwa der Zahl der Überlebenden nach der Erschießungsaktion vom 1./2. Mai 1942. Bei den auszuführenden Arbeiten dürfte es sich in den meisten Fällen um Hilfstätigkeiten wie Reinigungs-, Reparatur- und Bauarbeiten, Transport- und Verladearbeiten etc. gehandelt haben. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit betrug, wie im Ghetto Riga, meist zehn Stunden.

Der mit Abstand größte Teil der Juden des Ghettos Daugavpils – insgesamt 184 Personen – arbeitete bei der Heeresunterkunftsverwaltung der

---

<sup>58</sup> LVVA, 1398-1-23, Bl. 4-6. Verordnung des Polizeipräfekten Roberts Blūzmanis, 27.7.1941.

<sup>59</sup> Shoah-Foundation, VHA (USC), Interview mit Sima Kagan; MAJA ABRAMOVITCH, *To Forgive... But not Forget. Maja's Story*, London / Portland 2002, S. 36.

<sup>60</sup> NA, T-459, roll 19, frame 472. Namensverzeichnis von Juden des Ghettos Daugavpils sowie ihrer Beschäftigungsverhältnisse an verschiedenen Dienststellen, 2.6.1943.

Wehrmacht. In den Berichten Überlebender tauchte diese Dienststelle in der Regel unter der Bezeichnung „Festung/Zitadelle“ (russ.: *krepost'*) auf. Die dort zu verrichtenden Arbeiten bestanden darin, Uniformen, Stiefel und andere Utensilien Gefallener und Verwundeter, die von der Ostfront gesandt wurden, zu säubern, auszubessern und zur Wiederverwendung zurückzuschicken. An der zur Dienststelle gehörigen Bahnhofsdirektion führten jüdische Männer Be- und Entladearbeiten aus. Die Arbeits- und Verpflegungsbedingungen wurden in den Aufzeichnungen Überlebender als den Umständen entsprechend erträglich geschildert; alle Arbeiter waren in der „Festung“ untergebracht, d. h. kaserniert. Die Bezahlung erfolgte in Naturalien, und es gab zahlreiche Möglichkeiten zu Tauschgeschäften mit der nichtjüdischen Bevölkerung. Solange diese Dienststelle bestand, gab es dort keine einzige Erschießung, und es fehlt auch jeder Hinweis auf Gewalttaten anderer Art.<sup>61</sup> Im Herbst 1943 wurde die Heeresunterkunftsverwaltung geschlossen und die Juden am 28. Oktober 1943 in das KL Kaiserwald nach Riga überstellt.

### Ergebnisse

Zunächst kann festgestellt werden, dass die Ausbeutung der unfreiwillig und unter unmenschlichen Bedingungen arbeitenden Juden einen hohen Gewinn einbrachte, der vor allem der deutschen Zivilverwaltung zufluss. Bei der Vermietung „ihrer“ jüdischen Arbeitskräfte konnte sie entsprechende Tarife festlegen und diese von den Dienststellen und Firmen in zuerst wöchentlichem und später monatlichem Intervall<sup>62</sup> einfordern. Die Richtlinien der Sicherheitspolizei, wonach der Arbeitsmarkt de facto künstlich den Vorgaben der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik angepasst wurde, schufen die dafür notwendigen Voraussetzungen. Der den Einnahmen aus der jüdischen Arbeit entgegenstehende Aufwand, die Lebenshaltung der Juden in den Ghettos, war hingegen verhältnismäßig gering.

Die Ghettos funktionierten somit u. a. als Wirtschaftsunternehmen der Zivilverwaltung, die bei laufenden „Investitionen“ zur Ghettoerhaltung, Betriebskosten etc. auf einen maximalen Gewinn zielten. Die Ausbeutung im Sinne der Zivilverwaltung betraf jedoch ausschließlich die lettischen Juden. Die in den Generalbezirk Lettland deportierten Juden aus dem

---

<sup>61</sup> Shoah-Foundation, VHA (USC), Interviews mit Leia Koltun, Izrael Khurin, Khaya Beilin, Sima Kagan und Cecilia Boruchowitz.

<sup>62</sup> NA, T-459, roll 23, frame 383. Schreiben des Gebietskommissars Riga-Stadt vom 1.6.1942 betreffend Abrechnungsmodus für jüdische Arbeitskräfte.

Reichsgebiet unterlagen der Verfügungsgewalt von Sicherheitspolizei und SD, die ihrerseits Gewinne für sich verzeichnen konnten.

Allerdings verlief diese Kosten-Nutzen-Rechnung aufgrund permanenter Reibungen zwischen Sicherheitspolizei und Zivilverwaltung hinsichtlich der Behandlung der Juden nicht unproblematisch, und Verluste mussten einkalkuliert werden. Die Vernichtungsmaßnahmen konterkarierten regelmäßig die Ausbeutung und bedeuteten immer wieder einen Einbruch in die Beschäftigungsroutine. Dieser Konflikt zwischen der Erhaltung kriegswirtschaftlich notwendiger Arbeiter und der langfristig vollständigen Ermordung der Juden sollte innerhalb der etwas mehr als drei Jahre dauernden NS-Besatzung zu keinem Resultat führen. Nachdem Himmler sich letztendlich mit dem Transfer aller Juden in Konzentrationslager durchgesetzt hatte und ab Herbst alle Juden des Ostlands dem SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt unterstanden, flossen die Einnahmen aus der Arbeit nun ausschließlich der Sicherheitspolizei zu.

Die privaten Unternehmen und Dienststellen der Wehrmacht profitierten ebenfalls von der Ausbeutung der jüdischen Arbeitskräfte, die weit billiger waren als die einheimischen Arbeiter, aufgrund ihrer Zwangslage mehr Arbeitszeit leisteten und in vielen Fällen über bessere Fachkenntnisse verfügten. Das Gros der dabei erzielten Profite floss den Unternehmen und Dienststellen der deutschen Besatzer zu, während einheimische Unternehmen aus dem Prozess nahezu vollständig ausgeschlossen blieben. Lediglich die lettische Bierbrauerei „Aldaris“, die Limonadenfabrik „Veldze“, die beiden Kleinunternehmer Otto Rullis und Johans Dombrovskis sowie das Sägewerk Kalniņš wurden als Arbeitgeber für Juden aktenkundig; im Herbst 1943 beschäftigten diese Firmen insgesamt 31 Juden.<sup>63</sup> Generell lässt sich feststellen, dass es den deutschen Besatzungsbehörden gelang, die kurz-, mittel- und längerfristigen Okkupationsziele im Generalbezirk Lettland trotz beständiger interner Konflikte und Widersprüche soweit zu koordinieren, dass bei diesem Balanceakt zwischen funktionierender Besatzungsverwaltung, Aufrechterhaltung der Wirtschaft sowie Vernichtungspolitik, „Kolonialisierung“ und rassischem Umbau des Landes zumindest kein Verlustgeschäft hingenommen werden musste.

Die Besatzungsverwaltung war in der Lage, auch mittels der jüdischen Arbeit, sich zu einem großen Teil finanziell selbst zu tragen. Obwohl die langfristige Umgestaltung des Landes nach rassistischen Kriterien oberste Priorität einnahm und es ständig zu Reibereien zwischen Zivilverwaltung und Sicherheitspolizei in der „Judenfrage“ kam, gelang es innerhalb ihrer

---

<sup>63</sup> NA, T-459, roll 23, frames 441-445; NA, T-459, roll 21, frames 141 f., 145-148, 150. Schreiben und Anträge lettischer Firmen und Kleinunternehmer betreffend der von ihnen beschäftigten jüdischen Arbeitskräfte.

relativ kurzen Präsenz in Lettland, einen beachtlichen wirtschaftlichen Gewinn aus der Verwirklichung der Vernichtungsziele zu schlagen. Die Verluste, die dabei durch Korruption entstanden, sollen nicht verschwiegen werden; doch bewegten sie sich letztlich in einer Größenordnung, die die Wirtschaftsbilanz des Ostlands nicht ernsthaft schädigen konnte.

Für die verfolgten und ausgebeuteten Juden bedeutete ihre Lebensumstellung auf eine Ghettoexistenz, mit Isolation, Pauperisierung, Entrechtung, täglicher Gewalt, Todesgefahr und Terror konfrontiert zu sein. Sie waren gezwungen, sich in den neu definierten Arbeitsprozess als rechtlose, ausgebeutete und in den meisten Fällen misshandelte Objekte einzugliedern, da dies der einzige Rahmen war, in dem sie noch eine geringe Chance hatten, zu überleben.